

Kürzungsantrag abgeschmettert

SITZUNGSGELDER SPD-Vorschlag auf 20-Prozent-Verzicht sorgt für Diskussionen im Stromberger Rat

Von Norbert Krupp

STROMBERG. Kaum zu glauben, wie viel Diskussionsbedarf ein vermeintlich harmloser Antrag auslösen kann, die Sitzungsgelder für Stadtrats- und Ausschussmitglieder um 20 Prozent zu senken, um ein Zeichen zu setzen, den Haushalt um 1600 Euro pro Jahr zu erleichtern. Sozialdemokrat Peter Plewka hatte die Idee schon bei der vorigen Sitzung angesprochen, doch sein Parteigenosse Gerhard Keuser reichte sie nun als Antrag der SPD-Fraktion ein.

Stadtbürgermeisterin Klarin Hering bewertete den SPD-Vorstoß als „sehr ehrenwerten Antrag“, aber gab gleichzeitig zu bedenken, dass jedes Ratsmitglied ein Ehrenamt ausübe. Dafür werde lediglich eine Aufwandsentschädigung bezahlt. Wenn man diese kürze, drohe die Gefahr, das Ehrenamt zu inflationieren. Aber es

stehe ohnehin jedem Mandatsträger frei, die Aufwandsentschädigung anzunehmen oder zu spenden.

CDU-Sprecher Bernhard Treulieb schloss sich den Ausführungen Herings an und verwies auf den Vorteil einer



Falsches Signal an der falschen Stelle.

Claus-Werner Dapper von der WGS

zweckgebundenen Spende, die Projekte möglich machen könne, die der desolate Haushalt bereits nicht mehr erlaube.

Claus-Werner Dapper (WGS) bewertete den SPD-Vorschlag als „falsches Signal an der falschen Stelle“; er warnte davor, dass dadurch die Wertschätzung des Ehrenamtes leiden könnte. In Stromberg sei die Aufwandsentschädigung, die den wahren Aufwand gar nicht

ausgleiche, schon seit vielen Jahren nicht mehr aufgestockt worden.

Werner Klauer (WGS) merkte an, es werde der Eindruck vermittelt, als wolle sich der Stadtrat an der Stadt bereichern. „Dem ist nicht so, das tut mir weh“, sagte er. Vielmehr gehe man verantwortungsvoll mit den Mitteln um. In Waldalgesheim werde vergleichsweise mehr bezahlt. Er fände es traurig, wenn dieser Ausdruck von Wertschätzung genommen würde. „Und wenn ihr Antrag ehrlich gemeint wär, dann hätte man von jedem, der im Ehrenamt tätig ist, die Aufwandsentschädigung auf den Prüfstand stellen müssen – also auch bei der Bürgermeisterin, den Beigeordneten oder bei den Betreuern im Juca.“ Plewka hielt dem entgegen, dass der Antrag „äußerst ehrlich gemeint war“ und es ja nur darum gehe, ein Zeichen zu setzen, nicht um

IM RAT NOTIERT

- Der **Antrag der Wählergemeinschaft Stromberg** (WGS), im kommenden Jahr zur zehnjährigen Anerkennung des Schindeldorfes als Luftkurort ein Fest zu feiern, wurde bei einer Enthaltung befürwortet. Ein Festausschuss wird noch eingesetzt.
- Bei einer Enthaltung stimmte der Rat dafür, dass **Stromberg die Verkehrssicherungspflicht für den Teil des Hildegardweges übernehmen** wird, der durchs

Stadtgebiet führt. Stadtbürgermeister Klarin Hering sagte zu, dass man den Streckenverlauf im Schindeldorf noch auf eine Optimierung hin prüfen werde.

► Bei der Annahme von sieben **Spenden über insgesamt 1450 Euro** für die Kirmes sowie von 1000 Euro des CDU-Gemeindeverbandes für eine Schaukel auf dem Spielplatz am Hahn sah der Stadtrat keine Probleme.

fünf Euro. Marlies Klauer (WGS) äußerte den Verdacht, „dass man hier die Herrschaft über die Stammtische“ erobert und Neiddebatten los-treten wolle. Das habe man im Stadtrat nicht nötig. „Wir leisten ordentliche Arbeit und befassen uns mit Zukunftsprojekten. Da kommt Arbeit auf uns zu ohne Ende.“ Sie sehe

nicht ein, sich ihre Motivation nehmen zu lassen. Den Wunsch Plewkas, doch bitte zu erklären, was sie mit „Herrschaft über die Stammtische“ gemeint habe, wollte Klauer nicht erfüllen.

Der Antrag der SPD wurde schließlich mit elf Gegenstimmen abgeschmettert, nur die vier Genossen stimmten dafür.